

mit Schwerpunkt **Energiemarkt**

Trotz hoher Verschuldung erste Konsolidierungsfortschritte



Obwohl Deutschland das Maastricht-Kriterium, nach dem das gesamtstaatliche Defizit nicht mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes betragen darf, im vergangenen Jahr zum ersten Mal seit 2001 wieder erfüllt hat, liegt die Verschuldung der öffentlichen Haushalte nach wie vor auf hohem Niveau. Der von ZEW und Bertelsmann Stiftung entwickelte „Schuldenmonitor“, der regelmäßig die finanzpolitische Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in Deutschland untersucht, zeigt auf Basis aktueller Berechnungen, dass sich die Lage in den meisten Bundesländern und beim Bund zwar entspannt hat. Nach wie vor sind jedoch vor allem in den ostdeutschen Bundesländern sowie in den Stadtstaaten Bremen und Berlin die Konsolidierungserfordernisse hoch. Ursachen hierfür sind neben der ungünstigeren demografischen

Entwicklung in den ostdeutschen Ländern vor allem das Auslaufen der Solidarpaktmittel im Jahr 2019 und ein deutlicher Anstieg bei den Versorgungsausgaben.

Mit Hilfe des Schuldenmonitors kann die Tragfähigkeit und Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte von Bund und Ländern analysiert werden. Dabei werden Tragfähigkeitslücken berechnet, die veranschaulichen, um wie viel die Bundesländer und der Bund ihre Ausgaben – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – senken müssten, um innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums das Tragfähigkeitsziel einer konstanten Schuldenquote (Verschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) zu erreichen. Eine solche Analyse hat das ZEW zum ersten Mal im Jahr 2005 durchgeführt; als Nachhaltigkeitsziel

wurde dabei die Stabilisierung der jeweiligen Schuldenquoten auf dem Niveau des Jahres 2003 gewählt. Der Schuldenmonitor 2006 ist eine Aktualisierung dieser ersten Untersuchung auf Basis der Daten des Jahres 2005.

Die Grafik stellt den mittelfristigen Konsolidierungsbedarf bis zum Jahr 2020 der Vorgängerstudie (2003/2020) und der aktuellen Studie (2005/2020) für den Bund und die einzelnen Bundesländer dar. Unterstellt wurden ein jährliches Produktivitätswachstum zwischen 1,75 Prozent und 2,4 Prozent, ein langfristiger Zinssatz von 4,92 Prozent in der Aktualisierung und 5,66 Prozent in der Vorgängerstudie und eine Inflationsrate zwischen 1,4 und 1,5 Prozent.

Die nebenstehende Grafik zeigt, dass der mittelfristige Konsolidierungsbedarf fast aller Bundesländer und des Bundes innerhalb dieser zwei Jahre gesunken ist. Lediglich in Schleswig-Holstein und Thüringen ist er gestiegen. Trotz dieser Fortschritte sind die meisten Tragfähigkeitslücken, insbesondere

IN DIESER AUSGABE

Trotz hoher Verschuldung erste Konsolidierungsfortschritte	1
Experten erwarten Dax-Anstieg um fünf Prozent im Jahr 2007	2
Höhere Löhne durch Betriebsrat	3
ZEW-Konferenz: Jahrestagung der Vereinigung Wettbewerbsökonomie	4
ZEW intern	5, 6
Termine, Neuerscheinungen	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

FORSCHUNGSERGEBNISSE

bei den ostdeutschen Bundesländern, nach wie vor hoch. Die für eine Herstellung der Tragfähigkeit (bis zum Jahr 2020) erforderlichen Ausgabenkürzungen liegen mit einigen wenigen Ausnahmen bei mehr als fünf Prozent der Primärausgaben.

Die Tragfähigkeitslücken variieren erheblich unter den Bundesländern. Bayern weist mit einem mittelfristigen Konsolidierungsbedarf von 0,82 Prozent der Primärausgaben den niedrigsten, der Stadtstaat Bremen mit 22,96 Prozent den höchsten Wert auf. Dies bedeutet, dass die Ausgaben in Bremen jährlich um etwa 23 Prozent der Primärausgaben gekürzt werden müssten, um

die Schuldenstandsquote konstant auf dem Niveau des Jahres 2005 zu halten. In absoluten Zahlen würde dies eine jährliche Kürzung der Ausgaben um etwa 830 Millionen Euro bedeuten.

Auffällig ist die Tatsache, dass der Konsolidierungsbedarf in den meisten ostdeutschen Bundesländern (inklusive Berlin) vergleichsweise höher ist, wobei der Stadtstaat Berlin mit einem Konsolidierungsbedarf von 16,55 Prozent der Primärausgaben den höchsten Wert in dieser Gruppe aufweist. Diese Entwicklung lässt sich im Wesentlichen auf drei Ursachen zurückführen. Zum einen laufen die Mittel des Solidarpakts II im Jahr 2019 aus. Des Weiteren führt die

ungünstige demografische Entwicklung, die in den ostdeutschen Bundesländern in den nächsten Jahren besonders stark ausgeprägt sein wird, zu sinkenden Länderfinanzausgleichszahlungen, da diese an die Bevölkerungszahlen gebunden sind. Dies schmälert die Einnahmen und führt somit zu einer Erhöhung des mittelfristigen Konsolidierungsbedarfes. Schließlich werden aufgrund der Verbeamtungspraxis nach der Wiedervereinigung die Versorgungsempfänger – und somit auch die Versorgungsausgaben – in Ostdeutschland in den nächsten Jahren überdurchschnittlich stark steigen.

Alexander Kalb, kalb@zew.de

Experten erwarten Dax-Anstieg um fünf Prozent im Jahr 2007

Vom ZEW befragte Finanzmarktexperten erwarten, dass der Deutsche Aktienindex (Dax) in diesem Jahr um 5 Prozent an Wert gewinnen wird. Für den US-amerikanischen Index Dow Jones gehen sie für 2007 von einem Kurspotenzial von lediglich 2,5 Prozent aus. Anlässlich des Jahreswechsels hat das ZEW die Teilnehmer des ZEW-Finanzmarkttests im Dezember 2006 befragt, ob sich die Anlage in Aktien auch im Jahr 2007 lohnt. Zum Ende des Jahres 2006 präsentierten sich die weltweiten Aktienmärkte in Hochform. Der Dax hatte seit Beginn des Jahres 2006 um rund 19 Prozent zugelegt, der US-amerikanische Dow Jones um 15 Prozent.

Nach Meinung der befragten Finanzexperten sind Aktien auch in diesem Jahr eine attraktive Anlageform, jedoch werden die Gewinnmöglichkeiten aus der Anlage in Aktien geringer ausfallen als im Jahr 2006. So schätzen die Analysten den Jahresendstand 2007 des deutschen Aktienindex' auf durchschnittlich 6.700 Punkte. Dies würde ei-

ne Kurssteigerungsrate von 5 Prozent im Vergleich zum Stand von rund 6.400 Zählern während der Dezember-Umfrage 2006 bedeuten. Die Aussichten für die US-amerikanischen Aktien fallen etwas schlechter aus. Für den Dow Jones sehen die befragten Finanzexperten im Schnitt zwar ein Potenzial von bis zu 12.600 Punkten zum Jahresende. Die damit einhergehenden Kurszuwächse von 2,5 Prozent würden jedoch geringer ausfallen als im deutschen Aktienmarkt.

Zudem wurden die Finanzexperten nach der Bewertung der Aktien gefragt. Deutsche Titel waren im Umfragezeitraum derzeit mit einem Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) von 13,9 günstig bewertet, US-amerikanische waren bei einem KGV von 21,2 teurer. Deutsche und US-amerikanische Unternehmen haben im Jahr 2006 Gewinnwachstumsraten in zweistelliger Höhe verbucht, und die Gewinnschätzungen für das Jahr 2007 fallen ähnlich positiv aus. Daher hat das ZEW die Finanzexperten gefragt, wie sich die Bewertungen im Jahr 2007 entwickeln werden. Hier zeichnet sich eine

leichte Konvergenz der Bewertungen im Ländervergleich ab: Das KGV der Dax-notierten Titel soll geringfügig auf 14,3 zunehmen, hingegen soll das KGV der US-amerikanischen Papiere auf 17,3 Punkte sinken.

Die letzte Frage hatte die optimale Aufteilung eines Aktienportfolios nach Branchen zum Thema. Im repräsentativen Portfolio nehmen die Finanzdienstleister mit 13 Prozent das größte Gewicht ein. Dicht darauf folgen Energie- und Chemiewerte mit jeweils 11 Prozent. Im Mittelfeld liegen die Branchen der Informationstechnologien und des Maschinenbaus, die jeweils mit 9 Prozent gewichtet werden. Auf Baugewerbe, Elektrotechnik und Telekommunikation entfällt jeweils ein Anteil von 8 Prozent im Portfolio. Am schwächsten gewichteten die Finanzexperten den Fahrzeugbau und die Branche Konsum und Handel mit jeweils 7 Prozent.

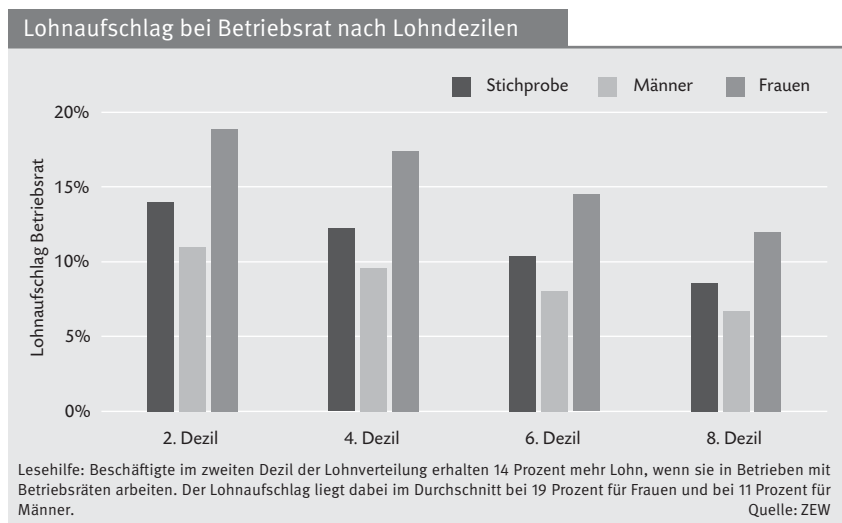
Der Finanzmarktreport Januar 2007 im Internet: <ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/frep/aktuell.pdf>

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Höhere Löhne durch Betriebsrat

Unternehmen mit einem Betriebsrat zahlen deutlich höhere Löhne als andere Unternehmen. Zudem weisen sie eine niedrigere Lohnspreizung auf als vergleichbare Unternehmen ohne Betriebsrat. Dies zeigt eine aktuelle Studie des ZEW auf der Basis von aktuellen und repräsentativen deutschen Unternehmensdaten. Die Studie verweist damit auf einen bisher unberücksichtigten Mechanismus zur Erklärung von Arbeitslosigkeit in Deutschland.



Die ZEW-Studie (ZEW Discussion Paper No. 06-086) verwendet die Welle 2001 des repräsentativen LIAB Datensatzes, in dem die Eigenschaften sämtlicher gut 1,3 Millionen Mitarbeiter der mehr als 8.500 Unternehmen des IAB-Betriebspanels erfasst sind. In die Erklärung der Lohnhöhe und der Lohnspreizung fließen dementsprechend nicht nur betriebliche Charakteristiken ein, sondern auch Eigenschaften der Mitarbeiter.

Geringere Lohnspreizung in Unternehmen mit Betriebsrat

Ein Vergleich von Unternehmen mit ähnlichen Merkmalen hinsichtlich Branchenzugehörigkeit, Unternehmensgröße etc. zeigt, dass in Unternehmen mit einem Betriebsrat die Löhne im Schnitt um gut zehn Prozent höher sind. Dies ist mehr als der Lohnaufschlag, den Tarifvertragsparteien in Unternehmen durchsetzen, die entweder sektoralen oder betrieblichen Lohnverhandlungen

unterliegen. Zudem ist in Unternehmen mit einem Betriebsrat der Abstand zwischen den Lohngruppen kleiner, das heißt die Lohnspreizung ist bei ihnen geringer. Dies liegt insbesondere daran, dass der zehnjährige Lohnaufschlag nicht allen Beschäftigten gleich stark zugute kommt. Vielmehr profitieren die unteren Lohngruppen stärker als die oberen. Betriebsräte verringern zusätzlich den Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen. Frauen mit geringem Einkommen profitieren somit am stärksten von der Tätigkeit eines Betriebsrats (siehe Grafik).

Der deutliche Lohnaufschlag für Beschäftigte in Unternehmen mit einem Betriebsrat wirft die Frage auf, ob in diesen Unternehmen die Arbeitnehmer einen größeren Anteil am Gewinn abschöpfen. Die ZEW-Studie zeigt anhand eines Vergleichs der Betriebszugehörigkeitsdauern, dass dem kaum so ist. Nach Berücksichtigung der betrieblichen und individuellen Eigenschaften sowie der Lohnstruktur wäre eine län-

gere Betriebszugehörigkeitsdauer in Unternehmen mit Betriebsrat ein Indikator für eine Umverteilung zugunsten der Belegschaft. Dies ist aber nicht der Fall. Der Großteil des Lohnaufschlags ist eher auf eine höhere Produktivität der Beschäftigten zurückzuführen.

Die ZEW-Studie legt einen weiteren, bisher unberücksichtigten Mechanismus zur Erklärung der hohen Arbeitslosigkeit insbesondere unter Geringqualifizierten in Deutschland offen. So wird häufig auf zu hohe Löhne und auf eine im internationalen Vergleich zu geringe Lohnspreizung als Ursache der Arbeitslosigkeit unter Geringqualifizierten verwiesen. Die international einzigartigen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer in Deutschland über Betriebsräte leisten diesen hohen Löhnen und einer starken Lohnkompression Vorschub.

Frühere Studien berücksichtigen Einfluss des Betriebsrats nicht

Bisher wurde zwar der Einfluss der Gewerkschaften und des deutschen Lohnverhandlungssystem auf die Lohnhöhe und die Lohnungleichheit intensiv untersucht, der Einfluss der deutschen Form der Mitbestimmung über Betriebsräte wurde jedoch weniger gründlich betrachtet. Dies mag daran liegen, dass erst seit kurzem Datensätze verfügbar sind, die eine Analyse dieser Fragestellung ermöglichen.

Möglicherweise liegt dies aber auch daran, dass Betriebsräte nur in Ausnahmesituationen einen direkten Einfluss auf die Lohnfindung in den Unternehmen nehmen können. Sie haben jedoch über die Einstufung der Mitarbeiter in die bestehenden Lohnklassen Möglichkeiten, indirekt Einfluss auf die durchschnittliche Lohnhöhe und die Lohnungleichheit in den Unternehmen zu nehmen – indem beispielsweise die untersten Lohnkategorien erst gar nicht besetzt werden.

PD Dr. Thomas Zwick, zwick@zew.de

ZEW-KONFERENZ

Jahrestagung der Vereinigung Wettbewerbsökonomie am ZEW

Am 30. November und 1. Dezember 2006 richteten das ZEW und die Universität Mannheim die 4. Jahrestagung der Vereinigung Wettbewerbsökonomie (Association of Competition Economics, ACE) aus. Zu den knapp 200 Teilnehmern zählten Vertreter aus Behörden, privaten Beratungsunternehmen und



Xavier Vives, IESE Business School

der Wissenschaft. Die ACE wurde 2003 mit der Zielsetzung gegründet, die Diskussion zwischen Unternehmen, Behörden und Wissenschaftlern zu intensivieren. Daher sind der Vorstand und die Mitgliederstruktur aus Vertretern der drei Gruppen zusammengesetzt. Den Vorstandsvorsitz haben John Fingleton (Office of Fair Trading), Andrea Lofaro (RBB Economics) und Xavier Vives (IESE Business School) inne. Die Jahrestagung hat sich als regelmäßiges Treffen zentraler Akteure aus Theorie und Praxis etabliert.

Fall für Fall

In den Plenarvorträgen ging Martin Hellwig (Universität Bonn) auf die Einpreisung von CO₂-Zertifikaten in die Preisgestaltung von Elektrizitätsversorgern ein. Jorge Padilla (LECG) erläuterte die Bedeutung von Patent- und anderen

Schutzrechten für die Beurteilung von Marktmacht.

In Parallelsitzungen diskutierten die Konferenzteilnehmer Fälle aus der Regulierungs- oder Entscheidungspraxis von Wettbewerbsbehörden, insbesondere Fälle aus der Fusionskontrolle, dem Missbrauch von Marktmacht oder

der Regulierung von Telekommunikationsnetzen.

Als aktuellen Fall diskutierten die Konferenzteilnehmer die Regulie-

der Energiewirtschaft. Die Aussagekraft verschiedener analytischer Modelle aus der ökonomischen Theorie spielte in der Diskussion insbesondere zwischen Paul Hofer (NERA Economic Consulting) und Xavier Vives (IESE Business School) über diese komplexe Marktstruktur eine zentrale Rolle.

Bedeutung der ökonomischen Analyse

Die Bedeutung der ökonomischen Analyse war zudem im Fall der Festsetzung von Transaktionsgebühren durch



John Fingleton, Office of Fair Trading

rung der Deutschen Telekom AG im Hinblick auf die VDSL-Technologie. Ulrich Kamecke (Humboldt Universität Berlin), Martin Peitz (Universität Mannheim) und Arnold Picot (LMU München) debattierten über ex-ante Regulierung versus ex-post Regulierung und deren Konsequenzen auf Innovations- und Investitionsanreize. In einem weiteren Fall wurde die Analyse von Fusionen auf Gas- und Elektrizitätsmärkten diskutiert.

Der Darstellung des DONG/Elsam/E2-Falls aus dem Jahr 2006 durch Claess Bengtsson (Europäische Kommission) folgte eine Diskussion zu industrietypischen Aspekten wie Versorgungssicherheit, den Charakteristika eines natürlichen Monopols sowie der horizontalen und vertikalen Dimension

Kreditkartenanbieter in Israel Kernpunkt der Debatte. Unabhängig von juristischen Feinheiten wurde dieser Fall auf der Basis ökonomisch-theoretischer Argumentation – insbesondere der Theorie zweiseitiger Märkte – verhandelt und vor Gericht entschieden. Weitere Fälle waren das französische Mobilfunk-Kartell, der Machtmissbrauch durch selektive Rabattgewährung oder europäische Börsenfusionen.

Das Programm der Konferenz und Informationen zu den Konferenzbeiträgen sind im Internet unter www.zew.de/ace2006 erhältlich.

Hannes Ullrich, hannes.ullrich@zew.de

ZEW INTERN

Ministerialdirektoren Dr. Freudenberg und Dr. Hägele neue Mitglieder im ZEW-Aufsichtsrat

Ministerialdirektor Dr. Hans Freudenberg vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg und Ministerialdirektor Dr. Rainer Hägele vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg sind in den Aufsichtsrat des ZEW berufen worden. Dr. Freudenberg ersetzt Ministerialdirektor Dr. Friedrich Bullinger vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg und Dr. Hägele ist Nachfolger von Ministerialdirektor Wolfgang Fröhlich vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg.

Die weiteren Mitglieder des ZEW-Aufsichtsrats sind: Gerhard Stratthaus MdL (Vorsitzender), Finanzminister Baden-Württemberg, Prof. Dr. Dr. h.c. Jürgen

Strube, Vorsitzender des Aufsichtsrats der BASF Aktiengesellschaft, Prof. Axel Börsch-Supan, Ph.D., Mannheim Research Institute for the Economics of Aging (MEA) und Universität Mannheim, Ministerialdirigent Prof. Dr. Claus Eisestein, Staatsministerium Baden-Württemberg, Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult. Otto H. Jacobs, Universität Mannheim, Prof. em. Dr. Egon Lorenz, Universität Mannheim, Ministerialrat Norbert Schmitt, Finanzministerium Baden-Württemberg, und Dr. Theo Spettmann, Vorstandssprecher der Südzucker AG Mannheim/Ochsenfurt und Dagmar Wöhrl MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

Erfolgreiche Sitzung des ZEW-Förderkreises

Bei der Sitzung des Förderkreises Wissenschaft und Praxis am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung e.V. am 12. Januar 2007 ist Dr. Andreas Dulger, Vorsitzender der Geschäftsleitung der ProMinent Dosiertechnik GmbH, in seinem Amt als Mitglied des Vorstands des Förderkreises bestätigt worden. Die weiteren Mitglieder des ZEW-Förderkreises sind: Dr. Dr. Peter Bettermann, Sprecher der Unternehmensleitung der Freudenberg & Co. KG (Vorsitzender), Dr. Kurt W. Bock, Finanzvorstand der BASF AG, Dr. Uwe Schroeder-Wildberg, Vorstandsvorsitzender der MLP AG und Dr. Alexander Selent, stv. Vorsitzender des Vorstands der Fuchs Petrolub AG.

Der Förderkreis des ZEW hat auf seiner Sitzung beschlossen, im Jahr 2007 vier Forschungsprojekte mit insgesamt 100.000 Euro zu fördern. Dies ist die höchste Fördersumme, die der Förderkreis bisher genehmigt hat. In seinem fast 14-jährigen Bestehen hat der Verein 29 Forschungsprojekte mit einem Gesamtvolumen 720.000 Euro gefördert.

Im Förderkreis des ZEW haben sich im Jahr 1993 Vertreter der Wirtschaft zusammen geschlossen, um die Arbeit des ZEW zu unterstützen. Derzeit gehören dem Verein 113 Persönlichkeiten sowie namhafte regionale und überregionale Unternehmen an – der höchste Mitgliederstand seit seiner Gründung.

ZEW-Präsident zum Obmann wiedergewählt

ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. ist im Dezember 2006 von den Mitgliedern der Sektion „Ökonomik und empirische Sozialwissenschaften“ der deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina in Halle einstimmig zu deren Obmann und zum Senator gewählt worden. Franz gehört der Leopoldina seit dem Jahr 1998 an und ist seit 2002 der Obmann dieser Sektion.



ZEW-Präsident Wolfgang Franz

ZEW- Internetauftritt mit BIENE-Award ausgezeichnet

Der Internetauftritt des ZEW ist am 8. Dezember 2006 mit dem BIENE-Award 2006 der Aktion Mensch und der Stiftung Digitale Chancen ausgezeichnet worden. Prämiert werden mit dieser Auszeichnung die besten barrierefreien Internetauftritte. Aus mehr als 350 Einreichungen hatten sich das ZEW und „blindwerk – neue medien“ mit dem gemeinsam umgesetzten Internetauftritt des ZEW (www.zew.de) für das Finale qualifiziert. Der Preis wurde von einer international besetzten Jury bei einem Festakt in Berlin an den kaufmännischen Geschäftsführer des ZEW, Thomas Kohl, und Yvonne Bräutigam sowie Jan Entzinger, Inhaber der agentur blindwerk – neue medien, übergeben.

Das Ziel von Barrierefreiheit ist es, die Inhalte einer Webseite allen Nutzerinnen und Nutzern unabhängig davon zugänglich zu machen, ob diese eine Behinderung haben, als Anfänger die ersten Schritte im Netz wagen oder sich einfach nur schnell und unkompliziert im weltweiten Netz orientieren wollen.

ZEW-Konferenz: Herausforderungen für die Finanzpolitik in Europa am 22.-23. März 2007 im Bundesministerium der Finanzen, Berlin

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) und das ZEW richten eine Fachtagung zum Thema „Herausforderungen für die Finanzpolitik in Europa“ aus. Sie behandelt theoretische, empirische und institutionelle Fragen zu den Themenkreisen:

- Qualität der öffentlichen Finanzen, finanzpolitische Reformen, Lissabon-Ziele
- Effizienz und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors

Online-Registrierung unter www.zew.de/eu-finanzpolitik
 Information: Sebastian Hauptmeier, hauptmeier@zew.de

ZEW INTERN

Auszeichnung für Tobias Hagen

Dr. Tobias Hagen, Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, hat im Dezember 2006 den IHK-Dissertationspreis 2006 der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main für seine Dissertation „Labour Market Effects of Fixed-Term Employment Contracts – Microeconomic Analyses for West Germany“ erhalten. Die Dissertation, die er während seiner Tätigkeit als Wissenschaftler im ZEW-Forschungsbereich Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung erstellt hat, analysiert empirisch die Auswirkungen befristeter Arbeitsverträge in West-Deutschland. Die Ergebnisse sprechen dafür, dass befristete Arbeitsverträge die Flexibilität der Unternehmen erhöhen und Zugänge in unbefristete Beschäftigung erleichtern. Gerade aus Sicht von Arbeitsuchenden mit geringen Arbeitsmarktchancen stellen befristete Arbeitsverträge somit eine Möglichkeit

dar, überhaupt eingestellt zu werden und können dann als Sprungbrett hin zu dauerhafter Beschäftigung dienen.

Auszeichnung für Sabine Jokisch

Dr. Sabine Jokisch, Wissenschaftlerin im ZEW-Forschungsbereich Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement, ist im Dezember 2006 vom Forschungsnetzwerk Alterssicherung der Deutschen Rentenversicherung für ihre Dissertation „The Developed World's Demographic Transition – Implications for Fiscal Policy and the International Macroeconomy“ mit dem FNA-Preis 2006 ausgezeichnet worden.

Die Arbeit untersucht die makroökonomischen und finanzpolitischen Wirkungen der alternden Bevölkerungen in den USA, der EU und Japan innerhalb eines dynamischen Gleichgewichtsmodells mit überlappenden Generationen. Die Studie zeigt, dass der demographi-



Dr. Sabine Jokisch

sche Wandel in allen drei Regionen zu einem dramatischen Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge führt. In Simulationen werden verschiedene Reformvorschläge untersucht, ob diese die demographischen Belastungen lindern können. Es zeigt sich, dass eine grundlegende Rentenreform, wie etwa die volle Privatisierung der Rentenkassen, ein viel versprechendes Mittel ist, die fiskalische Entwicklung und die Wohlfahrt künftiger Generationen zu verbessern.

EXPERTENSEMINARE

- 1./2.3.2007 Discrete Choice-Analyse – Grundlagen und Anwendungen: Angewandte multiattributive Discrete Choice-Analyse
- 6.3.2007 Wettbewerbsanalyse (Competitive Intelligence)
- 7./8.3.2007 Econometrics in Action – Introduction to Econometrics (*Brüssel*)
- 12.3.2007 Risikomanagement und Risikomessung
- 14.3.2007 Pflichten der Geschäftsführer, Vorstände und Aufsichtsräte im Rahmen der Rechnungslegungsvorschriften
- 15.3.2007 Experimentelle Wirtschaftsforschung – Methodische Grundlagen und Anwendungsbeispiele
- 20.3.2007 Volkswirtschaftliche Daten kompetent interpretieren
- 26.3.2007 Finanzmarkt-Ökonometrie: Vektor Autoregressive Modelle (Zürcher ZEW Qualifizierungsprogramm, *Zürich*)
- 27.3.2007 Finanzmarkt-Ökonometrie: Nicht-stationäre Zeitreihen und Kointegration (Zürcher ZEW Qualifizierungsprogramm, *Zürich*)
- 28.3.2007 Finanzmarkt-Ökonometrie: Erstellung von Prognosemodellen (Zürcher ZEW Qualifizierungsprogramm, *Zürich*)
- 28.3.2007 Verrechnungspreise I: Betriebswirtschaftliche und steuerrechtliche Grundlagen
- 17.4.2007 Unternehmensbewertung: Methoden und Anwendung

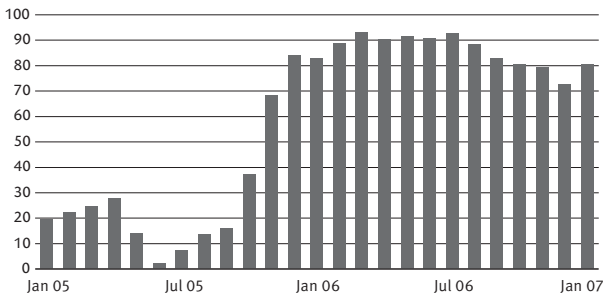
ZEW-Expertenseminare im Internet: www.zew.de/Weiterbildung
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

- No. 06-080, Dirk Czarnitzki, Wolfgang Glänzel, Katrin Hussinger: An Empirical Assessment of Co-Activity among German Professors.
- No. 06-081, Bettina Müller: Human Capital and Successful Academic Spin-Off.
- No. 06-082, Nicole Gürtzgen: The Effect of Firm- and Industry-Level Contracts on Wages – Evidence from Longitudinal Linked Employer-Employee Data.
- No. 06-083, Georg Metzger: Once Bitten, Twice Shy? – The Performance of Entrepreneurial Restarts.
- No. 06-084, Michael Overesch: Transfer Pricing of Intrafirm Sales as a Profit Shifting Channel – Evidence from German Firm Data.
- No. 06-085, Katrin Schleife: Regional Versus Individual Aspects of the Digital Divide in Germany.
- No. 06-086, John T. Addison, Paulino Teixeira, Thomas Zwick: Works Councils and the Anatomy of Wages.
- No. 06-087, Steffen Osterloh: Accuracy and Properties of German Business Cycle Forecasts.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Januar 2007

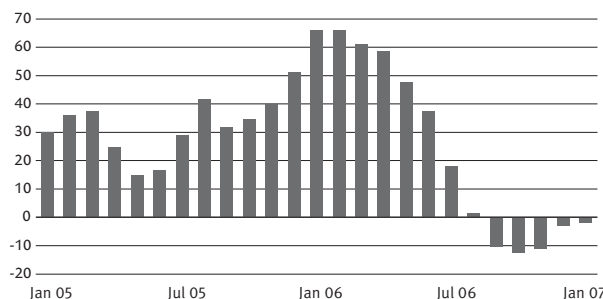


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Zinserhöhungen wieder wahrscheinlicher

Die Europäische Zentralbank beließ die Leitzinsen in ihrer Sitzung Anfang Januar bei 3,5 Prozent und betonte, dass das Wirtschaftswachstum in der Eurozone unverändert robust sei und sich die Arbeitsmarktsituation verbessert habe. Die monetäre Analyse ergab die höchste Wachstumsrate der Geldmenge seit der Einführung des Euro, sodass mittelfristig Risiken für die Preisstabilität bestehen. Daher betrachten die Analysten weitere Zinserhöhungen als wahrscheinlich. Der entsprechende Saldo steigt um 7,7 auf 80,4 Punkte.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



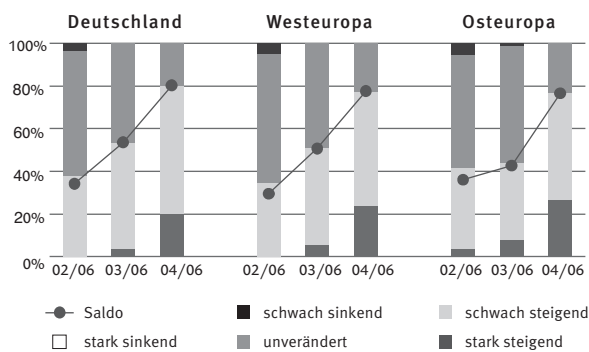
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Euroraum: Bessere Stimmung zum Jahresanfang

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für den Euroraum sind im Januar leicht gestiegen. Der Indikator zur konjunkturellen Lage in sechs Monaten legt um 1,2 auf -1,8 Punkte zu. Dies liegt vor allem daran, dass der Ausblick für die inländischen Nachfragekomponenten gut ausfällt. Vor allem die Besserung am Arbeitsmarkt dürfte den privaten Konsum unterstützen und eine Basis für das künftige Wachstum bilden. Außerdem soll die Investitionsnachfrage aufgrund hoher Gewinne und einer guten Auftragslage dynamisch bleiben.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

TransportmarktBarometer: Preise im Schienengüterverkehr ziehen an

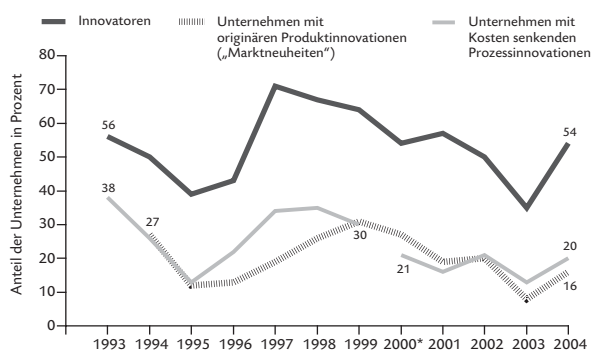


Quelle: ZEW

Eine Mehrheit von 80 Prozent der Experten des „TransportmarktBarometer von ProgTrans/ZEW“ rechnet mit Preissteigerungen im Schienengüterverkehr, davon 20 Prozent sogar mit einem starken Preisanstieg. Ähnlich sind die Preiserwartungen für die grenzüberschreitenden Verkehre. Dessen ungeachtet schätzen die Experten die Entwicklung des Schienengüteraufkommens optimistisch ein: Im Binnenverkehr und bei den grenzüberschreitenden Verkehren Richtung Osteuropa rechnen jeweils rund 50 Prozent der Befragten mit steigenden Transportmengen. Diese Erwartung teilen 46 Prozent für Westeuropa.

Victoria Alexeeva-Talebi, alexeeva-talebi@zew.de

Mehr Unternehmen mit Innovationen im Ernährungsgewerbe und in der Tabakindustrie



Quelle: ZEW

Im deutschen Ernährungsgewerbe und in der Tabakindustrie ist der Anteil der Unternehmen, die Innovationen durchführen, im Jahr 2004 kräftig gestiegen. Das liegt vor allem an der gestiegenen Innovatorenquote bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU): Während im Jahr 2003 lediglich 34 Prozent der KMU in dieser Branche erfolgreich Innovationen eingeführt hatten, stieg diese Quote im Jahr 2004 auf 54 Prozent. Die Innovatorenquote bei den Großunternehmen im Ernährungsgewerbe und in der Tabakindustrie blieb mit rund 89 Prozent im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr auf hohem Niveau konstant.

Heide Löhlein, loehlein@zew.de

STANDPUNKT



Armut

Eine neue Studie des Statistischen Bundesamts über Armut und soziale Ausgrenzung bot Armutsfunktionären willkommenen Anlass, erneut den Weg Deutschlands in den Armutsstaat anzuprangern. Die Analyse

kommt zu dem Ergebnis, dass im Jahr 2004 in Deutschland 13 v.H. der Bevölkerung arm oder armutsgefährdet sind. Das wären so gesehen etwa 10,6 Millionen Menschen, darunter 1,7 Millionen Kinder unter 16 Jahren.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Unbestritten gibt es in Deutschland Armut in dem Sinn, dass Menschen mit so wenig Geld ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen, wovon sich unsereins höchstens ungefähre Vorstellungen machen kann. Solange diese Menschen nicht aus eigener Kraft ihrem Schicksal entrinnen können, haben sie Anspruch auf unsere sozialstaatliche gebotene Hilfe. Dafür existiert hierzulande eine Mindestsicherung, beispielsweise in Form des Arbeitslosengelds II für Erwerbsfähige. Die Gesellschaft, vertreten durch den Gesetzgeber, muss darüber entscheiden, ob diese Fürsorgeleistung lediglich Elementarbedürfnisse befriedigen oder ob sie eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen soll.

Aber von dieser Armut, gemessen in absoluten Kategorien, handeln die angeführten Zahlen überhaupt nicht, sondern von einer „relativen Armut“. Demnach gilt gemäß internationalen Konventionen als armutsgefährdet, wer weniger als 60 v.H. des mittleren Haushaltseinkommens, korrigiert um die Haushaltsgröße, bezieht („Äquivalenzeinkommen“). Diese Armutsgefährdungsgrenze lag im Jahr 2004 bei monatlich 856 Euro für einen Alleinstehenden und 1.798 Euro für eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren. Die Problematik dieser Definition liegt auf der Hand. Selbst wenn sich alle Einkommen verdoppeln, allemal in realer Betrachtung, änderte sich der Anteil der Armutsgefährdeten nicht – ein offenkundig abwegiges Resultat. Außerdem bleiben selbst genutztes Wohn-

eigentum und Privatrenten bei der Berechnung außer Ansatz. Und – wer hätte das gedacht – die von der Politik für das Jahr 2007 lautstark begrüßten kräftigen Lohnsteigerungen würden gemäß dem Berechnungskonzept der „relativen Armut“ zu einem höheren Anteil der Armutsgefährdeten führen. Ein Schuft, wer jetzt daraus für die bevorstehenden Tarifverhandlungen Schlussfolgerungen zieht!

Solche Einlassungen empfinden bestimmte Zirkel als lästig und stellen dem stattdessen lieber die Einkommen von Unternehmensführern gegenüber, vorzugsweise wenn diese tatsächliche oder vermeintliche Fehlleistungen erbracht haben. Solches Versagen gibt es durchaus – aber nur in dieser Personengruppe? Was ist mit Spitzeneinkommen unter anderem von Fußballprofis, Leinwandstars oder Bestsellerautoren, vor allem, wenn sich deren Torbilanz beziehungsweise schauspielerische Leistung beziehungsweise das intellektuelle Niveau ihrer Bücher als noch deutlich steigerungsfähig erweist, um es einmal freundlich zu formulieren? Man kann ja zum x-ten Mal eine Debatte über „gerechte Einkommen“ anzetteln (bei der aller Erfahrung nach nichts herauskommt), aber wieso werden ausschließlich hohe Managergehälter attackiert? Sind Unternehmensführer Freiwild?

Genauso zweifelhaft wie das Vorurteil über den die Armut fördernden Sozialstaat ist das der sozialen Hängematte, in der sich „die“ Arbeitslosen ausruhen. Wer arbeiten wolle, der finde auch Arbeit – dieser Aussage stimmten immerhin 63 v.H. aller Personen in einer Befragung der westdeutschen Bevölkerung „etwas“ oder „voll“ zu. Gewiss: Wie in jeder Personengruppe gibt es unter den Arbeitslosen ebenfalls schwarze Schafe. Aber mindestens ebenso groß ist die Gruppe der Arbeitslosen, die unter ihrem Schicksal leiden, die glücklich über einen Arbeitsplatz wären und dafür erhebliche Suchanstrengungen unternehmen.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2007